

An den Oberbürgermeister  
Herr Dieter Reiter  
80331 München



München, 15. Juli 2025

## Anfrage

### **München als Vorreiter im Kampf gegen die Mietenkatastrophe: Warum weigert sich München, möbliertes Wohnen auf Zeit in Erhaltungssatzungsgebieten zu verbieten?**

Nirgends sind die Mieten so außer Rand und Band geraten wie in München. Trotzdem hat die Verwaltung zuletzt zwei Anträge von uns abgelehnt, die dem etwas entgegengesetzt hätten.

In unserem Antrag (20-26 / A 05359) haben wir dargelegt, dass Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf, das möblierte Wohnen auf Zeit unterbindet und die Verwaltung aufgefordert, ein ähnliches Konzept für München zu entwickeln. Dadurch hätte beispielsweise das „Döner macht schöner Haus“ in der Schwanthalerhöhe nicht in sogenannte „Serviced Apartments“ umgewandelt werden können. Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, es gebe „bislang keine Rechtsprechung in Bezug auf diesen dortigen Vollzug“.

Der Auffassung des Gutachtens aus Charlottenburg-Wilmersdorf zufolge, stellt Wohnen auf Zeit oder eine Vermietung sog. Serviced Apartments, eine Nutzungsänderung nach § 172 BauGB dar und kann somit durch erhaltungssatzungsrechtliche Vorschriften unterbunden werden.

Die Stadt München ist von der Mietenkrise in besonderem Ausmaß betroffen und könnte hier, trotz mangelnder Rechtsprechung und Untätigkeit des Bundes eine führende Rolle im Kampf gegen die Mietenkatastrophe und ein Vorbild für andere Großstädte in Deutschland sein. Die Kommunen dürfen die rechtlichen Auseinandersetzungen nicht scheuen.

Immer zu sagen, es gibt noch keine Rechtsprechung wird dementsprechend auch nicht zu einer Rechtsprechung führen.

### **Wir bitten daher den Oberbürgermeister, folgende Fragen zu beantworten:**

1. Was wären die Risiken, wenn die Stadt München möbliertes Wohnen auf Zeit in Erhaltungssatzungsgebieten nach dem Vorbild von Charlottenburg-Wilmersdorf unterbinden würde?

Stadtratsfraktion

Die Linke / Die PARTEI

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München

2. In der Antwort auf unseren Antrag beruft sich die Verwaltung ausschließlich auf das Zweckentfremdungsgebot. Warum weigert sie sich, Regelungen aus dem Baugesetzbuch anzuwenden?
3. Warum hat die Verwaltung Angst, das umzusetzen?
4. Wie viel personelle Ressourcen würden für die Umsetzung benötigt werden?
5. Sieht sich der Oberbürgermeister, wie sein Amtsvorgänger Christian Ude, als Vorreiter im Kampf gegen die entfesselte Mietenkatastrophe?
6. Warum geht die Stadt München nicht so entschlossen gegen die Mietenkatastrophe vor, wie andere Städte?

**Initiative:**

**Stadtrat Stefan Jagel**

**Gezeichnet:**

Stadträtin Marie Burneleit

Stadträtin Brigitte Wolf

Stadtrat Thomas Lechner

**Stadtratsfraktion**

**Die Linke / Die PARTEI**

dielinke-diepartei@muenchen.de

Telefon: 089/233-25 235

Rathaus, 80331 München